

Bezugspreis:
Häufigkeit 62. — M. monatlich 2. — M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 2. — M., einricht. Zu-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich-
Ungarn und Jugoslawien 2. — M., für
das übrige Ausland 2. — M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Städte und Reisegarten“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.
Telefonnummern:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die Jahrespreise für Anzeigen sind
folgt: 2. — M. „Kleine Anzeigen“
das fertige Wort 2. — M. (zu-
lässig zwei fertige Wörter) jedes
weiteres Wort 1.50 M. Stellengröße
und Schließzeilenanzahl das erste
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort
1. — M. Werte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 2. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Steuerungsgeldes.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geschäfts-
zeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morinplatz 15195-97
Expedition Morinplatz 11753-54

Dienstag, den 14. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inzeraten-
Abteilung Morinplatz 11753 54

Neue Verschärfung der Lage.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet:
Heute vormittag 10 1/2 Uhr fanden in der Reichskanzlei
interfraktionelle Besprechungen statt, zu denen
auch die Deutsche Volkspartei geladen war. Diese Be-
sprechungen haben keineswegs zu einer Klärung geföhrt,
sondern eher eine weitere Zuspitzung der Lage hervor-
gerufen. Die demokratische Fraktion scheint die ohnehin sehr
schwierige Situation durch das Aufrollen des Problems der
großen Koalition noch schwieriger gestalten zu
wollen. Unsere Fraktion wird sich im Laufe des heutigen
Abends mit der Situation beschäftigen und eine Entscheidung
treffen, die auf Sein oder Nichtsein des Kabinetts hinausläuft.
Auch die Unabhängigen treten heute nachmittag zu einer
Fraktionsführung zusammen, um sich über ihre Haltung end-
gültig zu entscheiden. Es ist zu wünschen, daß noch vor
den Besprechungen der Fraktionen eine unverbindliche
Führungnahme zwischen SPD. und U.S.P. stattfindet.
Wie wir von anderer Seite noch erfahren, will die dem o-
kratische Fraktion das Problem der großen Koalition zur
Kabinettsfrage machen. Die Volkspartei soll bereit
sein, ihren Mißtrauensantrag zurück zu ziehen, wenn die
große Koalition verwirklicht werden sollte. Das soll
ausgesprochen einen unzulässigen Druck auf die sozial-
demokratische Fraktion bedeuten, von dem wir an-
nehmen dürfen, daß er in wirksamer Weise abgewehrt wird.

Die Entscheidung der U.S.P.

Die Situation im Kampf um die morgige Abstim-
mung hat sich insofern geklärt, als jetzt sicherer denn je fest-
steht, daß Abbröckelungen zugunsten des Kabinetts von rechts
ber gar nicht oder nur in ganz geringem Umfang zu erwarten
sind. Die Volkspartei verleiht gegen Wirth ein Trommel-
feuer schärfster Erklärungen, die „Natb. Kor.“ spricht auch
den tiefsten Grund der Erdörterung aus: Wirth habe sein
Möglichstes getan, das Zustandekommen der großen Ko-
alition zu verhindern. Außerdem hat er in seiner zweiten
Rede den Beamten eine milde Behandlung versprochen, dafür
muß er jetzt bestraft werden. Triumphierend verkündet die
„Tägl. Rundschau“, daß die beiden Rechtsparteien feststehen:

Die 136 Stimmen dieser beiden Fraktionen fallen gegen das
Vertrauensvotum in die Waagschale, allem Gerüde der demokratischen
Presse zum Trotz, die in der Deutschen Volkspartei ganze „Flügel“
sieht, deren Unterstützung dem Reichskanzler zufallen werden,
während gar kein Zweifel darüber möglich ist, daß er von der
gesamten Rechten nicht eine einzige Stimme be-
kommt. Nicht anders wird es mit den Kommunisten stehen (1):
diese insgesamt 160 Stimmen legen also gegen den Kanzler fest.

Die Bayerische Volkspartei scheint bereit, für
die Regierung zu stimmen. Ihre Münchener Parteikorrespon-

denz spricht sich in diesem Sinne aus, indem sie erklärt, daß
ein Kanzlerwechsel nicht im Interesse der auswärtigen Politik
liege:

Die Stellungnahme zur Person und Politik des Reichskanzlers
darf uns nicht verleiten, eine Katastrophopolitik zu
treiben, die wohl im Augenblick sehr populär wäre, aber einen all-
gemeinen politischen Kabinettwechsel nach sich ziehen könnte. Nicht
positiv die Hand dazu geben, legt einen Kabinettswechsel im Reich
zu erzwingen, heißt aber noch lange nicht, die bisherige Politik der
Regierung zu decken, oder ihr eine Blankovollmacht für alle Zukunft
zu geben.

Trotzdem bleiben die Mehrheitsverhältnisse so unsicher,
daß die tatsächliche Entscheidung bei der U.S.P. liegt. Die
„Leipziger Volkszeitung“ plädiert für Stimmenthal-
tung. Ob dieses dürftige Auskunstmittel genügt, um die
Pläne der Rechten zu durchkreuzen, steht dahin, auf keinen
Fall dürfte die Enthaltung durch Abgabe blauer Stimm-
zettel geübt werden, weil dann die Gefahr entsteht, die
Summe der Verneinungen und Enthaltungen könnte größer
werden, als die der Bejahungen. Würden dagegen die Un-
abhängigen an der Abstimmung überhaupt nicht teilnehmen,
so würden sie wenigstens die Rechte nicht direkt unterstützen.
Aber auch das erregt schon den Unmut der Kommunisten, die
sich unentwegt als Einspeischer der Rechten betätigen. Die
„Rote Fahne“ schreibt:

Bürgerliche Blätter wissen schon zu meiden, daß viele unab-
hängige Abgeordnete während der Abstimmung abwesend sein
werden. Das muß unterbunden werden. Die Unab-
hängige Partei muß es in ihrer Gewalt haben, Fraktionszwang bei
der Abstimmung einzuföhren. Und zwar Fraktionszwang zur Ab-
stimmung gegen Wirth, ebenso wie bei den Bürgerlichen
Fraktionszwang zur Abstimmung für Wirth besteht.

Die „Rote Fahne“ rechnet die Deutschnationalen und die
Volksparteiler, bei denen Fraktionszwang gegen Wirth
besteht, offenbar nicht zu den „Bürgerlichen“, sondern zur
„proletarischen Einheitsfront“.

Die „Freiheit“ bemerkt zu unserem gestrigen Artikel
„Stinnes vor den Toren“, es läme uns nicht darauf an,
„Politik zu machen, sondern darauf, für alle Fälle die U.S.P.
zum Prügelnablen für eine eventuelle Verschlechter-
ung der innerpolitischen Lage zu machen“. Dar-
auf kommt es uns nicht an, sondern vielmehr darauf, die Un-
abhängigen zu einer vernünftigen Haltung zu bewegen. Auch die
„Freiheit“ gibt zu, daß aus dem Sturz der gegenwärtigen
Regierung eine „Verschlechterung der innerpolitischen Lage“
droht. Wenn man diese Verschlechterung verhindern will, dann
muß man auch den Mut haben, die dazu notwen-
digen Mittel anzuwenden.

Sünfländerkonferenz in Frankfurt a. M.

Am heutigen Tage traf aus Paris beim Parteivorstand
der SPD. folgendes Einladungsschreiben der französischen
sozialistischen Partei ein:
Paris, den 6. 2. 22.

Wetter Genosse!

Wegen der durch den Eisenbahnstreik erzwungenen Abwesen-
heit der deutschen Delegierten mußte die auf den 4. 2. nach Paris ein-
berufene internationale Konferenz vertagt werden.

Die Delegierten der anwesenden Parteien (Belgische Arbeiter-
partei, Englische Arbeiterpartei, Unabhängige Arbeiterpartei Eng-
lands, Sozialistische Partei Frankreichs) haben einstimmig die fran-
zösische Partei beauftragt, von neuem nach Frankfurt a. M. die
sozialistischen und kommunistischen Parteien der fünf anderen Länder
zusammenzuberufen (England, Deutschland, Belgien, Italien und
Frankreich).

Demzufolge laden wir Ihre Partei ein, sich auf der interna-
tionalen Konferenz, die in Frankfurt a. M. am Sonnabend, den
25. Februar, 10 Uhr vormittags beginnen soll, vertreten zu
lassen.

Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage Europas und ins-
besondere die Reparationsfrage.“ Das Tagungslokal wird noch be-
kanntgegeben.

Mit sozialistischem Gruß

Der Generalsekretär: Paul Faure.

Die Gewerkschaftsfrage in Frankreich.

Paris, 14. Februar. (W.Z.) In der gestrigen Sitzung des
Nationalrates des Allgemeinen Arbeiterverbandes
(C.G.T.) entwickelte sich die Lage des französischen Syndi-
kalisimus, wie sie sich aus der Trennungsbewegung ergeben hat. Es
entstand eine lebhafte Debatte, an der sich die Vertreter der ver-
schiedenen Deputationsorganisationen beteiligten. Die Debatte
nahm einen besonders lebhaften Charakter deshalb an, weil die Ein-
berufung eines besonderen Gewerkschaftskongresses
beantragt wurde, auf dem die Frage der Spaltung der Gewerk-

schaften auf Grund der Differenzen zwischen den Anhängern der
alten Gewerkschaftsinternationale und den Anhängern der Inter-
nationale von Moskau entschieden werden soll. Die Debatte ist noch
nicht geschlossen.

Regierungskrise in Polen.

Warschau, 14. Februar. (W.Z.) Infolge der im Landtage
geübten Kritik an der Regierungsvorlage, bereisend einen Kredit
zur Wiedererrichtung der zerstörten Maschinen, ist der Minister
für öffentliche Arbeiten Ratu Komieck zurückgetreten. Auch der
Eisenbahnminister Sidorcki tritt zurück. Seine Demission wird
mit Gesundheitsrücksichten begründet. Es wird angenommen, daß
infolge der Regierungskrise auch der Finanzminister Michalski
sein Amt niederlegen wird.

Das Ausland kauft.

Nach der gestrigen Hausse hat sich heute das Geschäft an
der Berliner Börse etwas abgeschwächt. Die innerpolitischen
Fragen treten mehr und mehr in den Vordergrund. Am
Devisenmarkt trat eine leichte Rückwärtsbewegung
der Kurse ein. Dollarnoten wurden um die Mittagsstunde
mit 200 angeboten. Am Eisenmarkt ist die Tendenz bei
geringen Geschäften immerhin sehr fest. Anscheinend kauft
das Ausland erhebliche Beträge deutscher
Industriepapiere. Besonders liegen für die Aktien
führender chemischer Betriebe Kauforder aus Holland vor, von
denen man annimmt, daß sie für französische Rechnung
erfolgen.

Ein neues Beamtenrecht. Der Bayerische Beamten-
bund hat den zuständigen Regierungsstellen eine Denkschrift über-
reicht, in der die sofortige Schaffung eines modernen Be-
amtenrechts sowie einer Beamtenvertretung mit der Eigen-
schaft einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit Gesetzesinitiative ge-
fordert wird. — Der Unterhaushalt des Beamtenaus-
schusses des Reichstages beschloß am Dienstag, über das
Existenzminimum und die geltende Gehalts- und Lohnskala
am Donnerstag mit Vertretern der Gewerkschaften und des Städte-
tages unter Hinzuziehung weiterer Sachverständiger zu verhandeln.

Vom Weltgerichtshof.

Von Wolfgang J. Schwarz.

Das Göttinger Programm der Sozialdemokratischen Partei
fordert zur Entscheidung aller internationaler Streitigkeiten
einen internationalen Gerichtshof. Am 15. Februar wird im
Haag feierlich der Weltgerichtshof errichtet; es gilt zu
prüfen, ob und inwieweit er unserer Forderung gerecht wird.

Das geltende Völkerrecht, wie es in der Satzung des
Völkerbundes für den weitaus größten Teil aller Völker
verkörpert ist, scheidet zwischen Zwistigkeiten politischer Natur
einerseits und Rechtsstreitigkeiten andererseits. Zum Versuch
der friedlichen Beilegung der ersteren genügt es, wenn eine
der beteiligten Regierungen die Aufmerksamkeit des Völker-
bundes rats oder Völkerbundtags auf die Angelegenheit
lenkt; dann ist eine Sitzung einer dieser beiden Körperschaften
einzubringen, und das zur Bewahrung des Friedens Not-
wendige zu veranlassen.

Unter den möglichen Zwistigkeiten jedoch gelten Mei-
nungsverschiedenheiten über die Auslegung eines Vertrages,
über alle Fragen des Völkerrechts, über das Bestehen jeder
Tatsache, welche die Verletzung einer völkerrechtlichen Ver-
pflichtung bedeuten würden, und über Umfang und Art der
Entschädigung hierfür allgemein als Rechtsstreitigkeiten, also
als scheidend und richterlich lösbar. Daher haben die Bundes-
völker jede diplomatisch nicht zufriedenstellend erledigte Streitig-
keit dem Schieds- oder Gerichtsverfahren zu unterbreiten,
wenn es nach ihrer Ansicht sich hierfür eignet.

Was nun das Schiedsverfahren angeht, zu dessen Grund-
gedanken sich die deutsche Regierung durch Abschluß des dem
Reichstag soeben zur Beratung zugegangenen deutsch-
schweizerischen Schiedsvertrages bekannt hat, so
gilt es auf Grund der Haager Abkommen, unbeschadet der Begründung
des Völkerbundes, für die ganze Völkerrechtsgemein-
schaft unanändert wie vor dem Kriege. Danach schließen die
Parteien, wenn sie sich über die Friedlichkeit ihrer Absichten
einig sind, ein Schiedsabkommen für jeden einzelnen Fall;
hauptsächlich wird darin der Zusammentritt des Schiedshofes
festgelegt; die zur Abgabe des Spruches zu berufenden Persön-
lichkeiten werden dabei gewöhnlich der sogenannten Haager
Liste entnommen, die je vier von den kontrahierenden Staaten
genannte Personen umfaßt. Ihr Spruch ist in Treu und
Glauben auszuführen.

Die Mängel dieses Systems liegen klar zu Tage: wenn
ein ständiger Gerichtshof vorhanden wäre, so wäre
die Tendenz, Streitigkeiten unparteiisch entscheiden zu lassen,
stärker gewesen und die friedliche Schlichtung internationaler
Streitigkeiten hätte sich stärker durchgesetzt als es vor dem
Weltkriege der Fall war. Die zweite Haager Friedenskonferenz
hatte sich zwar 1907 mit dem Entwurf eines dauernd
bestehenden Gerichtshofes beschäftigt, über die Wahl der Richter
jedoch war man zu keiner Einigung gekommen. Die Friedens-
verträge nahmen zwölf Jahre später die Angelegenheit wieder
auf. Auf Grund des Artikels 14 ihres ersten Teils, der Völker-
bundsatzung, rief der Völkerbundrat eine Sachverständigen-
konferenz im Sommer 1920 nach dem Haag, deren Plan im
 darauffolgenden Dezember mit einigen Veränderungen vom
Völkerbund angenommen wurde. Im vergangenen Sep-
tember wählten dann Rat und Tag des Völkerbundes die vor-
gesehenen elf Haupt- und vier Ersatzzrichter, die soeben im Haag
zur Wahl des Weltgerichtspräsidenten zusammen-
traten und in den nächsten Wochen das Gerichtsverfahren aus-
arbeiten werden, um im Juni die ordentlichen Welt-
gerichtstagungen zu beginnen.

Auf der ersten von den drei Stufen der völkerrechtlichen
Entwicklung, die man in der Entscheidung von internationalen
Streitigkeiten deutlich unterscheiden kann, haben die Parteien
noch heute für jeden Einzelfall ein Schiedsabkommen
abzuschließen, soll der Weltgerichtshof seine Funktionen aus-
üben. Nun war die friedens- und rechtspolitische Aktivität der
Maffen in sehr vielen Völkern, und gerade bei den wichtigsten
im Dezember vorvorigen Jahres noch nicht groß genug ge-
wesen, um die Regierungen im Völkerbunde zu der allgemeinen
Annahme des sogenannten Obligatoriums zu bewegen. Daher
wurde — auch die völkerrechtliche Entwicklung pflegt keine
Sprünge zu machen — an der Ueberlieferung zunächst noch
festgehalten, jede einzelne Streitigkeit nur dann, wenn ein
Schiedsabkommen geschlossen ist, durch einen (Haager) Schieds-
spruch oder durch die Entscheidung des Weltgerichtshofes er-
ledigen zu lassen.

Mit der Schaffung jedoch dieser ständigen internationalen
Rechtsenrichtung gelang es, auch das Problem des
Obligatoriums bedeutsam zu fördern. Jedes der
Bundesvölker kann sich nämlich bei und nach der Unterzeich-
nung und Bestätigung des Protokolls, das den Weltgerichtshof
errichtet, an das Obligatorium binden. Es kann ausprechen,
daß es gegenüber jedem anderen Bundesvolk, das dieselbe Ver-
pflichtung übernimmt, die sogenannte „faktitative Klausel“ der
obligatorischen Gerichtsbarkeit unterstellt, es spricht damit
aus, daß die einzelnen Streitigkeiten nicht mehr durch Abschluß
eines Schiedsabkommens, sondern schon durch einfache Klage-
erhebung bei dem Weltgerichtshof zur Entscheidung zu bringen

sind. Damit ist die Bahn zum Weltfriedensvertrag freigemacht worden; und bis jetzt haben rund 20 (nicht nur „mehrere“, wie die Regierungsdenkschrift zum deutsch-schweizerischen Friedensvertrag meint) von dieser Befugnis Gebrauch gemacht, zum Teil ohne zeitliche Beschränkung, zum Teil für fünf Jahre. Naturgemäß sind die kleineren Völker den größeren, die gerade nach dem Weltkrieg mehr als je auf die eigene politische Macht als auf das objektive Recht vertrauen, auf dieser zweiten Stufe der internationalen Gerichtsbarkeit vorangegangen. Von den Mitgliedern des Völkerbundes haben immerhin Brasilien und China ihre Bereitschaft zu demselben Schritt bereits erklärt; die weitere Entwicklung hängt in jedem einzelnen Falle von dem Kampfe zwischen den friedenspolitischen und machtpolitischen Kräften ab.

Auf der dritten Stufe jedoch besteht das Obligatorium bereits ohne Einschränkung. Es handelt sich hier um den Teil des Völkerrechts, den man als den Anfang des „Weltbürgerrechts“ bezeichnen kann: den Minderheitenschutz, das Weltarbeits- und das Weltverkehrsrecht. Bei aller Verschiedenheit im einzelnen haben sie den Weltgerichtshof gemeinsam als letzte Instanz. Für jeden einzelnen Fall kann das klagende Volk das Befugnis zwingen, vor dem Weltgerichtshof zu erscheinen, widrigenfalls dieses ohne Anhörung verurteilt wird.

Bei Minderheitenschutz-Berlegungen haben zunächst Deutschland, Österreich, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien auf die Einrede verzichtet, daß es sich um nationale Fragen handle und ihren internationalen Charakter ausdrücklich anerkannt. Jedes dieser Völker ist vertraglich gebunden, jede Rechts- oder Laizfrage des Minderheitenschutzes von irgendeinem Mitglied des Völkerbundes dem Weltgerichtshof unterbreiten zu lassen und dessen Entscheidung anzunehmen und durchzuführen; Berufung ist nicht gegeben.

Im Weltarbeitsrecht kann jede Regierung den Weltgerichtshof gegen jede andere anrufen, welche die von den Weltarbeitsstagen angenommenen Vorschläge oder Vertragsentwürfe nicht durchführt. Der Gerichtshof kann dabei die Anträge und Vorschläge des in erster Instanz mit diesen Fragen befaßten Untersuchungsausschusses bestätigen, abändern oder aufheben und zugleich die wirtschaftlichen Strafmaßnahmen bezeichnen, die er einer schuldigen Regierung gegenüber für angebracht hält und deren Anwendung durch die übrigen Regierungen ihm gerechtfertigt erscheint. Der Gerichtshof entscheidet jedesmal unter Hinzuziehung von vier technischen Beisitzern, die eine beratende Stimme haben und eine gerechte Vertretung der in Frage stehenden Interessen verbürgen. Auf Anrufen der Parteien entscheidet nicht die Plenarsitzung des Gerichtshofes, sondern eine besondere, fünf-köpfige „Arbeitskammer“. Für Weltverkehrsfragen gibt es ebenfalls eine solche besondere „Verkehrskammer“; auch hier wird unter Zuziehung von technischen Beisitzern entschieden.

Deutschland gegenüber ist die Zuständigkeit des Weltgerichtshofes in mannigfacher Beziehung bereits gegeben. Deutschland gehört ja bereits seit Ende 1919 der internationalen Arbeitsorganisation an; durch den Verfallener Vertrag (Teil XI) hat es seine Jurisdiktion für das Recht der Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen und auch durch die Verpflichtung anerkannt, die Vorschriften der Weltverkehrskonferenz von Barcelona anzunehmen; wird der Minderheitenschutz in dem bei Deutschland verbleibenden Teile Oberschlesiens ähnlich den bisherigen Verträgen geregelt, so würde auch hierin das internationale Gericht für uns von entscheidender Bedeutung.

Die Bedingungen, unter denen das Reich Mitglied Deutschlands vor diesem Gerichtshof zu erscheinen haben wird, sind im einzelnen noch festzusetzen; jedoch ist die Rechtsgleichheit hierbei ausdrücklich gewährleistet. Im übrigen jedoch ist Deutschland von völkerrechtlichem Anschluß an den Weltgerichtshof noch nicht in der Lage. Es kann ihn nicht, wie die übrigen Bundesländer (und auch die Vereinigten Staaten), für sich anerkennen, auch liegt im Augenblick noch keine juristische Möglichkeit zur Unterzeichnung des Weltfriedensvertrages für uns vor. Insofern bleibt uns noch eine hohe Aufgabe zu bewältigen.

„Don Carlos“ im Staatstheater.

Ein wunderbarer Akt, als Elisabeth Baios mit ihren schlanken Hofdamen vor dem schweren, trüblichen Gemahl erzitterte, als Don Carlos sich der geliebten Stiefmutter vor die Füße warf, als der anbetende, hilflose Prinz sich in die Arme des Freundes Wafa stürzte, da stach das Wort außerordentlich melodisch von allen Lippen. Golden leuchtete das Gewölbe über der Treppe der Fröhslichkeit von Kranzweigen — und diese Treppe schimmerte in noch hellerem Glanze. Und der besonnene Horizont. Und die prächtige Brandentzündung und die materielle Resignation der geistlichen Wollanen um den König, es ist alles ein schönes Bild. Das Bild blieb schön bis zum letzten Akte, wo der scharlachrote Großinquisitor wie die fengende Gottheit der Rache auf seinem Podest stand.

Aber ach, das Rednerische der Vorstellung ermüdete und erschämte schon nach dem ersten Akte. Decarlis Philipp, der für den reoifizierenden, ursprünglich ausgezeichneten, dann aber ganz undigzipiniert auspringenden Herrn Körtner eingesprungen war, trug wohl den Ton des Eisenbundes, des Starren, des Fanatischen, es fehlte aber das Majestätische und geistig Ueberlegene, das nicht fehlen darf. Knurren erhebt sich nicht die Stimme der Entschlossenheit, und wenn Philipp unter seinen Nachkommen der Eiferjucht stöhnt, dann darf er nicht ganz wie ein polternder Posten aufstoben.

Man erwartete nach den versprechenden, schlängelnden Bewegungen und den ersten nicht schwach, sondern nämlich aufflockenden Tiraden des Herrn Wäthel viel von diesem Don Carlos. Das äußere Gewand, die beinahe akrobatische Geschmeidigkeit, die sich anbetend zur Mutter heranschleppte, verführte. Es war ein schlanker Prinz. Man dachte, er kommt dem geschichtlichen Don Carlos näher, der ein müder, defakter, sogar verkrüppelter Jüngling gewesen ist. Der unsterbliche Verhaerter hat die Tragödie dieses Don Carlos gedichtet. Schillers pathetisches Jugendgenie sah nur den Helden, obwohl der Geschichtsprofessor Schiller von diesem kastilianischen Unglücksweesen wußte. Bald ging Herrn Wäthel der Atem aus — im wörtlichen Sinne. Er unterließ sich in nichts mehr von einem Theaterjüngling schmalen Formats. Man staunte, daß Herr Deutsch nicht länger in der Beschwingung des Wortes stand, hielt er verlor die Schwada, die spanische Wortprunken bedeutet und die Schillers nachdrückliche Sehnsucht war. Der Posa des Herrn Deutsch glitt merkwürdig schnell von der Höhe herunter. Er häßte die Ueberlegenheit des Rhetorikers ein. Seine Sätze vom Weltberückungstraum vor dem verblendeten König verloren die Logik. Sie hämmerten nicht mehr, sie sangen nicht mehr. Und man ermüdete, weil die Königin der Frau Höfer nur gebildete Vorleserinnen schuf, weil endlich die Eboli des frisch ankommenden Fräuleins Margarete Anton in keinem Augenblick genügte. Die debütierende Dame grimassierte hüßlich, wo die Leidenschaft von innen

Nachklänge zum Streik.

Die Haltung der Berliner Parteigenossen.

Eine am Montagabend in den Arminhallen abgehaltene Konferenz der Kreis- und Abteilungsleiter unserer Partei beschloß einstimmig die Aufnahme einer Berufsstatistik für alle in der SPD organisierten Genossen Groß-Berlins. Die nötigen Feststellungen sollen schleunigst in die Wege geleitet werden. Das durch die Umfrage gewonnene Material wird im Bezirkssekretariat nach Abteilungen und Kreisen zusammengestellt. Es soll bei einer demnächst beginnenden intensiven Betriebsagitation Verwendung finden. Bei Aufnahme der Statistik ist deshalb besonderer Wert auf gewissenhafte Beantwortung der Frage nach dem Beschäftigungsort (Betrieb oder Amt) auf der Statistikkarte zu legen.

Im zweiten Teil der Verhandlungen nahm die Konferenz Stellung zu den Streiks der Eisenbahner und städtischen Arbeiter. Nach einer sachlichen Diskussion, an der sich eine größere Anzahl Abteilungsleiter und Beamtendirektoren beteiligten, faßte die Konferenz gegen eine Stimme folgenden Beschluß:

„Die Verständigenkonferenz des Bezirks Berlin der SPD billigt die vermittelnde Tätigkeit des Parteivorstandes im Eisenbahnerstreik, durch die eine Beilegung des Kampfes zu annehmbaren Bedingungen erreicht wurde. Sie erwartet, daß Parteivorstand und Reichsorganisationsrat der SPD dafür sorgen werden, daß die Verhinderung von Betriebsstörungen, Massendisciplinierungen vorzunehmen, verhindert werden. Die Konferenz erkennt an, daß die Erbitterung der unteren und mittleren Beamten durch eine sozialere Bestimmung der Besoldungen in den unteren Gehaltsklassen schnellstens beseitigt werden muß.“

Die Konferenz erklärt sich mit der Haltung des „Vorwärts“ und der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zum Streik der städtischen Arbeiter voll einverstanden. Die Konferenz brandmarkt die verlorne Heide der Kommunisten in dieser Bewegung, die schweren Schaden über die Arbeiter gebracht hat und bedauert, daß das Zusammengehen der Unabhängigen und Kommunisten mit den Deutschfunktionären in der Stadtverordnetenversammlung die Annahme der sozialdemokratischen Anträge zum Schaden der Streikenden verhindert hat.“

Erzbergers Mörder in Budapest?

Nach einer Meldung der „Böf. Ztg.“ sind die beiden Mörder Erzbergers, Schütz und Tilleßen, in Budapest eingetroffen, wo sie sich insbesondere des Schutzes der „erwachenden Ungarn“ erfreuen sollen. Die Identität beider Persönlichkeiten scheint außer jedem Zweifel zu stehen. In Budapest sei ihre Anwesenheit ein offenes Geheimnis.

Wie die Reichsregierung mittelst, wird sie dieser Meldung nachgehen und Nachforschungen anstellen lassen. Das erscheint auch dringend nötig, falls nicht die deutsche diplomatische Vertretung in Ungarn von dem angeblichen offenen Geheimnis schon ohnehin erfahren und ihrerseits Schritte zur Beobachtung eingeleitet haben sollte.

Das Reich in Aktiengesellschaften.

Der Hauptausschuß des Reichstages erledigte am Dienstag die Beratungen über den Etat des Reichsschatzministeriums. Für die Stickstoffindustrie wurden insgesamt 470 Millionen Mark von der Regierung beantragt, und zwar 340 Millionen Mark für den Ausbau der reichseigenen Stickstoffunternehmungen und 130 Millionen Mark zur Verstärkung der Betriebsmittel der Mitteldeutschen Stickstoffwerke A.-G. Staatssekretär Walter vom Reichsschatzministerium erklärte, daß die durch den Ausbau der oberbayerischen Werke (Wz und weiterer Inn) zu gewinnende elektrische Energie, soweit es sich um inkonstanten elektrischen Strom handelt, zur Sicherung der Erzeugung von Kalziumstickstoff Verwendung finden soll. Demzufolge wurde beschlossen, zur Prüfung dieser Fragen einen Unterausschuß einzusetzen. Dagegen stimmte der Hauptausschuß den Regierungsvorschlägen zu, soweit eine Beteiligung bei der Deutschen Gaserei-Aktiengesellschaft und der Allgemeinen Schmelzindustrie A.-G. in Stuttgart in Frage kam. Gemäß den Erklärungen der Reichsregierung werden diese Gesellschaften baldigst gegründet. Das Reich beteiligt sich mit einem Aktienkapital von 6 250 000 M. bei der Deutschen Gaserei-Aktiengesellschaft und mit 2 500 000 M. bei der Allgemeinen Schmelzindustrie A.-G. Auf Ueberträge, die über die erforderlichen Abschreibungen und Rückstellungen hinaus eine Dividendenauszahlung ermöglichen, kann für 1922

sprechen muß. Sie brach die Töne, sie durchbrach auch die poetische Bedeutung ihrer Rolle. Denn geht der Seelenschmerz nicht vollkommen irre, so ist Prinzessin Eboli nur eine verzweifelte Frau, aber kaum eine mephistophelisch sich gebärdende Irrentant.

So berechnet man mit einigem Jögern, was alles hätte glücken müssen, was aber verborben wurde. Wahrhaftig, dieser Don Carlos ist eine mächtige Dichtung des politischen Kampfes und des Kampfes der Menschen in ihrer familiären Haltung. Trotz Briefschwindels, lärmenden Kulissenwezens und feuriger Effekthaserei, die großartige Spiegelung der Freiheitsidee in der Tyrannenwelt, das Konterfei des Göttlichen im Teufelischen, das Ebenbild der Heiligkeit in der Mörderwelt, das Wollern der Völkerveröhnung trotz des blutrünstigen Auftrumpfens im gepanzerten Herzog Alba. Herrliches Pathos, das wir brauchen, wofür wir neue Dichtung aus der kümmerlichen Wortstumpfheit unserer Tage herausführen wollen. Geist, Geist trotz aller Verfliegenheit. Flamme, die nicht verlischt.

Max Hochdorf.

An der Spitze. „So“, sagte die Zelle, die infolge der Arbeitsteilung an die Spitze gekommen war, so daß sie die Anordnungen zu treffen hatte, denen man folgen mußte. „Ehre, wenn Ehre gebührt! Endlich haben sie verstanden, was sie den Befehl zu übertragen haben. Endlich kann ich mich auswirken!“ Und sie begann sich ungehindert zu teilen. Zuerst wurden aus ihr zwei Zellen, dann vier, dann acht, und bald wurde aus der einen Zelle eine ganze Kolonie. „Wir wollen uns nützlich machen“, schrien diese Zellen. „Da jede von uns die Eigenschaften der ersten Zelle hat, die dank ihrer enormen Fähigkeiten zum Befehlen auserwählt wurde, werden wir, die wir hundert sind, diese Fähigkeiten verhundertsfachen und den Körper glückselig machen.“ Und sie fuhren fort sich zu verdoppeln und sperrten bald den Protoplasmafluß und bildeten infolge ihrer Menge ein unüberwindliches Hindernis für allen Stoffwechsel. Sie saugten die Kräfte der andern Zellen auf. Statt frei zu wachsen und durch sein Wachstum und seine Bedürfnisse diese oder jene Zellen zur Vermehrung zu bestimmen und in der oder einer anderen Gruppe eine weitere Arbeitsteilung vorzunehmen, mußte der Körper sich nun einseitig auf den Befehl der machernden Gruppe entwickeln und wurde krank und monströs. Da aber der Körper doch nicht zugrunde gehen und auch nicht zu einem Krüppel werden durfte, mußten die einst so wichtigen Zellen als eine bössartige Wucherung mit dem Messer ausgeschnitten werden. — Dieser ganze, sich immer von neuem wiederholende Vorgang heißt aber — eine Geschichtsperiode.

Der Musterknabe Lenin. Ein Sowjetblatt, die „Proletarische Revolution“, hat vor kurzem einen interessanten Auszug aus dem „offiziellen Protokoll des Gymnasiums von Simbirsk“ veröffentlicht, und zwar handelt es sich dabei um die Zensuren, die Wladimir Iljanow — der sich später Lenin nannte — als Schüler erhalten hat. Geführt sind diese Protokolle von dem Direktor des Gymnasiums Fedor Kerenin, dem Vater jenes Kerenin, der vor Lenin der Diktator Rußlands war und dann von dem Schüler seines Vaters

noch nicht gerechnet werden. Durch die Annahme des Ultimatum vom 5. Mai 1921 ist eine große Zahl Reichswehrpflanzungs- und Reichswehrleistungspämter entbehrlich geworden. Daher sollen die für Heer und Marine nicht mehr erforderlichen Anlagen insgesamt an die beschäftigten Aktiengesellschaften vermietet werden. — Damit ist der Etat des Reichsschatzministeriums bis auf die Bauverwaltung erledigt.

Schupo und Eisenbahnerstreik.

Obwohl der Reichsverband der Polizeibeamten ebenso wie der sogenannte Schrader-Verband erklärt haben, daß sie mit einem vereinzelt auftruf zu Geldsammlungen für die streikenden Eisenbahnbeamten nichts zu tun gehabt haben, schreibt die reaktionäre Presse doch jeden Tag aufs neue von der „Unzuverlässigkeit der Schupo“, die sich durch solche Geldsammlungen gezeigt habe.“

Zu diesen Tendenzmeldungen wird jetzt amtlich festgestellt, daß der Auftruf von einem Wachtmeister in ganzen vier Exemplaren (!) angefertigt worden war. Der Verbandsvorsitzende Schrader ist nach wie vor Mitglied der Demokratischen Partei. Obwohl solche Nichtigstellung eigentlich das ganze Geschrei der Rechtspresse obtut, darf man doch nicht erwarten, daß ihre Schwindelnachrichten aufhören werden.

Hilferuf aus dem hungrigen Rußland.

Moskau, 14. Februar. (Antel.) Der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Tschumawengebietes sandte an E. Timmen, den Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, folgendes Telegramm: Das Exekutivkomitee des Tschumawengebietes wünscht, der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale seinen aufrichtigen Dank für die der hungernden Bevölkerung geleisteten Dienste auszusprechen. Wir sprechen im Namen Hunderttausender Tschumawensinder und ihrer Eltern, die weder ihre Kinder ernähren noch sich selbst erhalten können, und die ohne Hilfe dem Hungertode preisgegeben sind. Die Weiden der hungernden sind unbefruchtbar. Seit August ernähren sich mehr als 90 Proz. der Bauern von allen möglichen Surrogaten. Brot wird aus Stroh bereitet mit einer kleinen Zugabe von Karisfalk. Aber die Kartoffelvorrate und alle irgendwie brauchbaren Surrogate waren noch vor Eintritt des Winters verjeht. Die Bevölkerung ist jetzt das von den Dähern genommene Stroh, Lehm und die Kadaver verreckter Tiere, jede Art Lebewesen, Gras und Wurzeln jeder Art. Die Sterblichkeit nimmt erschütternde Dimensionen an. Vom Anfang der Hungerperiode bis zum 1. Januar wurden 250 000 Todesfälle infolge des Hungers verzeichnet. 131 127 Menschen sind infolge des Verhungers von schädlichen Surrogaten erkrankt. Ungefähr 765 000 Personen einschließlich 310 000 Kinder (22 Proz. der gesamten Bevölkerung) befinden sich im Zustand des absoluten Hungers. Die furchterlichste Zeit ist gekommen, und die große Mehrheit der Bevölkerung steht vor dem Hungertode. Tragödien, die nicht mehr menschlich genannt werden können, spielen sich in den Häusern und Hütten ab. Ganze Familien verüben Selbstmord. Kinder werden von ihren Eltern, Eltern von ihren Kindern ermordet. Ganze Familien verlassen ihr Heim, um auf der Suche nach Nahrung planlos umherzuirren und vor Kälte und Hunger unterwegs zu sterben. Jeder europäische Arbeiter und Bauer, der Hilfe schickt, kann das Leben seiner Arbeiter- und Bauernbrüder retten. Tausende Tschumawensinder, die von den vom Gewerkschaftsbund geschickten Lebensmitteln satt geworden sind, sind von unaussprechlicher Dankbarkeit für die von fernem Genossen in fremden Ländern geschickte Hilfe erfüllt. Hunderttausende stehen um Brot. Die bereits geleistete Hilfe erweckt Hoffnung in jenen, die noch nichts bekommen haben, und die zum Hungertode verurteilt sind. Diese Tausende strecken ihre Arme den westlichen Brüdern entgegen. Im Namen der internationalen Einheit der Völker, im Namen der brüderlichen Solidarität der Werktätigen aller Länder bitten wir Euch, alles zu tun, was in Euren Kräften steht, um uns zu helfen.

Moskau, 14. Februar. (WIZ.) Im Derbatschewer Kreis (Gouvernement Saratow) ist die Hungertatropie besonders groß. Alle Vorräte, Strohballen, Hunde, Katzen und Ratten sind längst aufgezehrt. Es mehren sich Raub und Mord. Man stiehlt Kinder und schlachtet sie. In der Nacht werden die Leichen der Verstorbenen ausgegraben, um als Nahrung zu dienen.

Die Zensuren Iljanows zeigen, daß er ein vorzüglicher Schüler und ein wahrer Musterknabe war. „Sehr begabt, sehr fleißig und ordentlich“, heißt es in dem zusammenfassenden Urteil über seine Leistungen. „Ist Iljanow in allen Klassen der Erste gewesen.“ Am Ende seiner Studien hat er die Goldene Medaille erhalten als der würdigste.“ Die Schüler des Gymnasiums von Simbirsk wurden sehr streng beaufsichtigt, sie durften das Internet nur zu bestimmten Stunden verlassen und mußten sich bis in die kleinsten Einzelheiten der Hausordnung fügen. Lenin hat sich nicht das geringste Versehen in dieser Hinsicht zuschulden kommen lassen. Die ganze Schulzeit Iljanows war erfüllt von Religion und Disziplin; die Grundlagen sind nach den Angaben des Zeugnisses von den Eltern angelegt worden, die dem Knaben ein musterhaftes Beispiel strenger Bürgertugend gaben. Nur an einer Stelle der Charakteristik leuchtet etwas von dem heutigen Lenin hindurch, indem nämlich gesagt wird, Iljanow habe sich stets von seinen Kameraden ferngehalten, sei ein sehr ungeselliger Mensch gewesen und habe sich hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt. Uebrigens sind auch andere große Revolutionäre der Geschichte Musterknaben in der Schule gewesen, so Robespierre und Saint-Just.

Die Not der Volksbibliotheken. Aus Jena wird uns geschrieben: Die Ausgestaltung des Volksbüchereiwesens in Stadt und Land, das bisher nur an wenigen Orten gepflegt und gefördert wurde, muß als eine der wichtigsten Kulturaufgaben gelten, bezogen aber unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen großen Schwierigkeiten. Selbst bedeutende volkstümliche Büchereien sind bei den heutigen Bücherpreisen, Gehältern für Angestellte und allgemeinen Ankosten in ihrem Bestande bedroht. In Thüringen verliert man trotz dieser Hemmnisse das Volksbüchereiwesen nach Kräften auszugestalten. Bei dem Ministerium für Volksbildung ist hier ein besonderes Referat für Volksbüchereiwesen und Volksbüchereiwesen erledigt worden, das dem Geschäftsführer der Volksbüchereiwesen Thüringens, Dr. Buchwald, übertragen wurde. Anfang März wird nun in Weimar eine Besprechung der Thüringer Volksbibliothekare stattfinden, durch die ein Zusammenschluß aller Stellen und Kräfte erreicht werden soll. Vor allem wird man über praktische Fragen beraten, wie über die Bestimmung des Einkaufs, sodann über grundsätzliche Dinge, wie die Einrichtung von Kreisberatungsstellen, die Verbindung mit dem übrigen Volksbüchereiwesen usw.

Die heutige Kunst und die heutige Jugend behandelt am Dienstag, 8. Uhr, im Kronacher Band (im Herrenhaus) Dr. Reddlo. Prof. Wiegand wird über „Aufgaben der modernen Kunst“ auf Einladung der „Volksbühne“ G. nicht, wie ursprünglich angekündigt, am 18. und 25. Febr., sondern lediglich am 25. Febr. in der Aula des Kunstgewerbmuseums sprechen.

Im Lessing-Museum findet Donnerstag im Großen Saal des Schloßparktheaters in Steglitz statt. Ernst Raitz und Kalla Eterna geben ein neues Programm.

Die deutsche Oper in Italien. „Molenshaller“ von Richard Strauß wird noch im Laufe dieses Monats sowohl am Teatro Colonna in Rom, wie am Teatro Giuseppe Verdi in Triest. Zum 1. Male aufgeführt.

Neue französische Note an England.

London, 14. Februar. (C.E.) Gestern hat der französische Botschafter in einer Note an die englische Regierung erneut eine beschleunigte Antwort auf die Note der französischen Regierung vom 4. Februar erbeten. In der Note wird weiter erklärt, daß die von England angeregten Besprechungen von Sachverständigen vor der Konferenz von Genua erst dann stattfinden könnten, wenn die nationalen Sachverständigen der einzelnen Länder sich mit den zur Behandlung stehenden Fragen vertraut gemacht hätten. Gleichzeitig wird erneut gefordert, daß die interalliierte Sachverständigenkonferenz in Paris stattfinden solle, wie dies auch in Cannes beschlossen sei, wo Seydoux als Vorsitzender dieser Konferenz bezeichnet worden sei. An der Förderung der Teilnahme von Vertretern Polens, Rumaniens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens an dieser Besprechung wird ebenfalls festgehalten.

Paris, 14. Februar. (W.B.) Die „Ouvrier“ mitteilt, hat Poincaré das englische Auswärtige Amt wissen lassen, daß sein Verlangen, die Konferenz um drei Monate zu verschieben, ein Maximum dessen darstelle, was er als Vorbereitungszeit verlangt habe. Daraus dürfe man schließen, daß ein Kompromiß zustande komme und daß die Eröffnung der Konferenz von Genua auf Mitte April verschoben werden würde.

Paris, 14. Februar. (C.E.) Der „Matin“ meldet aus London: Eine aus Rom eingetroffene Depesche meldet, daß der tschechische Gesandte in Rom gestern der italienischen Regierung eine Note überreicht hat, in der namens der Kleinen Entente die Verschiebung der Konferenz von Genua um drei Wochen verlangt wird. In London wird erklärt, daß die Beziehungen Frankreichs zu der Kleinen Entente zu gut bekannt seien, so daß man annähme, dieser Vorstoß der Kleinen Entente sei von Frankreich veranlaßt worden.

Die Haltung der Kleinen Entente.

Paris, 14. Februar. (W.B.) Der Ministerpräsident der Tschechoslowakei Dr. Benesch, der sich seit Sonntag hier aufhält, hatte gestern eine Unterredung mit Poincaré. Nach dem „Revue Parisien“ soll er erklärt haben, es sei, wenn man Überraschungen vermeiden wolle, unerlässlich, daß sich die alliierten Länder im voraus über die wichtigsten Punkte, die in Genua beraten werden sollen, einigen. Benesch wird Paris demnächst verlassen, um den Mitgliedern der englischen Regierung Kenntnis von dem Standpunkt der Kleinen Entente in der Frage der Genuefer Konferenz zu geben.

Frankreichs kostspielige Drohungen.

Paris, 14. Februar. (W.B.) Der Finanzminister der Kammer, der zurzeit das Nachtragsbudget für das Jahr 1921 in Höhe von 1½ Milliarden Franken berät, hatte sich auch mit den Kosten der Mobilisierung der Jahresklasse 1919 zu befassen. Bekanntlich erfolgte diese Mobilisierung, um einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, damit sie das Ultimatum vom 10. Mai 1921 annähme. Die Kosten für diese Mobilisierung betragen 190 Millionen Franken.

Die französische Regierung hatte die Absicht, diese Ausgaben in das Budget aufzunehmen, dessen Rückzahlung Deutschland zulasse. Einige Alliierte haben aber dagegen Widerspruch erhoben und erklärt, Frankreich müsse die Kosten einer Maßregel, die es allein beschlossen habe, auch allein bezahlen. Infolgedessen hat die französische Regierung die Ausgabe aus dem gewöhnlichen Budget übernommen.

Der Finanzminister hat aber noch nicht zugestimmt, und er scheint nach dem „Matin“ nicht entschlossen zu sein, dieser Maßnahme zuzustimmen. Das Blatt nennt übrigens die gestrige Beratung über diesen Budgettitel einen Zwischenfall mehr diplomatischer als finanzieller Art.

Im Namen des Königs!

Immer wieder hält es unsere Justiz für notwendig, ihren wahren Charakter als Stütze der Reaktion deutlich zu manifestieren. Konnten wir neulich ein Urteil zitieren, das an der Spitze den Vermerk „Im Namen des Königs“ trug, so liegt uns heute ein Urteil vor, an dessen Kopf groß prangt: „Im Namen des Königs“. Es ist ein Erkenntnisurteil des Amtsgerichts Genz, das sich auch im Urteilstext immer noch als das „Königliche Amtsgericht“ (sogar zweimal) bezeichnet. Das Urteil steht auf einem jener alten Formulare, die seitdem drei Jahre nach der Revolution immer noch nicht abgeworfen sind und in denen man sämtliche „königlichen“ Vordrucke stehen gelassen hat, obwohl an anderen Stellen die notwendigen Durchstreichungen ganz richtig und sorgfältig vorgenommen worden sind. Das Urteil trägt die Geschäftsnummer C. 41/21 (Klappenbach gegen Fuchs) und ist ausgefertigt von dem Justizobersekretär Buchholz am 12. September 1921.

Konsumvereine und Umsatzsteuer.

Mit der Reichsumsatzsteuer im allgemeinen und ihrer Wirkung auf die letzten Verbraucher im besonderen hat sich die gemeinschaftliche Verwaltung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, z. B. m. B. S., den schärfsten Protest gegen die Heranziehung der Genossenschaften zur Reichsumsatzsteuer, weil diese Sondersteuer den schon durch die von seinem Lohn bzw. Gehalt in Abzug kommende Einkommensteuer herangezogenen organisierten letzten Verbraucher ganz besonders hart trifft. Die letzten Verbraucher haben sich zu dem Zweck in Konsumgenossenschaften zusammengeschlossen, weil sie für ihre gemeinschaftliche Rechnung Waren einkaufen und nur unter sich — die Mitglieder — verteilen wollen, also kein Gewerbe treiben. Eine nochmalige Besteuerung durch die beschlossene Umsatzsteuer dieser nur zur Verteilung kommenden Waren ist deshalb ein schreiendes Unrecht.

Die Groß-Berliner organisierten letzten Verbraucher erwarten deshalb bestimmt, daß der Reichstag am 11. März 1921 den Reichstagsbeschluss gefasste Beschluß auf Freilassung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer wiederhergestellt wird.

Wie uns mitgeteilt wird, ist diese Rundgebung den in Frage kommenden politischen Parteien zugestellt worden, und es wird erwartet, daß alle Freunde der genossenschaftlichen Bestrebungen der Verbraucher sich tatkräftig für die Freilassung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer einsetzen werden.

Die 4. Reichskonferenz des Republikanischen Reichsbundes der deutschen Republik findet Sonntag, den 20. April, ab vormittags 10 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftsbauwes zu München statt. Im Interesse der geschlossenen Durchführung der Konferenz ersucht an die republikanischen Parteien, Verbände und Vereine Münchens die Bitte, die genannten Tage möglichst von anderen Veranstaltungen freizuhalten.

Tauwetter im Anzug.

Gestern mittag hatte der wunderbare Sonnenchein an den Stellen in Berlin, wo er so recht zur Wirkung kommen konnte, eine Auflösung aller Vereisten und Verschnitten zur Folge, und es gab den berühmten Matsch. An den Fenster Scheiben schwanden die Eisklumpen dahin. Am Abend jedoch, als die Sonne weg war, sank die Temperatur wieder unter Null und erreichte in den frühen Morgenstunden kurz vor Sonnenaufgang in den Vororten einen Tiefstand von 9 Grad. Aber im Laufe des heutigen Vormittags stieg die Quecksilbersäule wieder, und es zeigt sich jetzt immer deutlicher, daß die Nacht dieser Kälteperiode doch gebrochen ist.

Damit stimmen auch die Beobachtungen überein, die uns das Berliner Wetterbureau mitteilt. Danach ist ein umfangreiches Tiefdruckgebiet vom Atlantischen Ozean herangezogen, das bis nach Skandinavien und auch ziemlich weit nach Süden reicht und mit südwestlichen Winden einhergeht. Es ist also nicht unwahrscheinlich, daß das Wetter auch weiterhin milde, wenn auch trübe, bleiben wird, während die Meteorologen glauben, daß nicht allzuviel Niederschläge zu erwarten sein werden.

Kurz und gut, die Kälte ist vorbei, . . . wenigstens vorläufig. Man hat also die Hoffnung, daß die Kartoffelmarkten sich öffnen und ihren Inhalt in Strömen auf Berlin ergießen werden, und man hat die Hoffnung, daß die Preise nicht allzu hoch sein werden . . . wenigstens vorläufig.

„Magistrat, hilf!“

Vorm Wahltag klang's anders.

Zu der Nachricht, daß in Berlin der Kartoffelpreis bereits auf 3 Mark gestiegen ist, macht der „Vokal-Anzeiger“ die Bemerkung:

„Der Magistrat ist nicht in der Lage — wie es zur Kriegszeit der Fall war — den Preis dadurch herabzubringen, daß er aus seinen Vorräten Kartoffeln auf den Markt bringt. Sein Vorrat reicht nur aus, um die Krankenhäuser und etliche andere Anstalten zu versorgen.“

Das sagt ausgerechnet der deutschnationale „Vokal-Anzeiger“! Das sagt er jetzt, während er in der Agitation zu den Stadtverordnetenwahlen an der Spitze derjenigen marschierte, die dem Magistrat Berlins und einiger Vororte die zur Sicherung der Volksernährung getriebene Vorratspolitik als eine „Schädigung“ des Stadtkörpers ankreideten. Ja, es ist wahr, daß der Berliner Magistrat den deutschnationalen Lebensmittelmachern, den Schwarzwiebröten Volksauswägern jetzt das Geschäft doch ein bisschen flören könnte, wenn es ihm möglich gewesen wäre, Lebensmittelvorräte anzukaufen und für die Wochen der höchsten Not aufzuspeichern. Jeder Verständige und vor allem jeder aus der Schar jener ewig „leidenden“ Produzenten und Händler, die solange über die Zwangswirtschaft schrien, bis wieder der „Segen“ des freien Handels über uns kam, begreift ohne weiteres, daß solche von der Gemeinde bereit zu haltenden Vorräte beizugehen eingekauft und dann vielleicht sehr lange gelagert werden müssen. Dabei riskiert die Gemeinde, daß bei einer inzwischen unerwartet eintretenden Preissteigerung die aufgespeicherten Vorräte mit Verlust abgegeben werden müssen und daß der bei Lebensmitteln immer vorkommende und jedem Händler in seinem Betrieb als selbstverständlich geltende Schwund und Verderb den Erlös noch weiter schmälert. Aber als es galt, die „rote Mehrheit“ des Rathauses zu bekommen, da taten bürgerliche Versammlungsredner und Zeitungsschreiber, und besonders deutschnationale, wie wenn sie das alles nicht wüßten und ein lausdientes Brett vorm Kopf trügen.

Kun fehlt nur noch, daß dem Magistrat ein Vorwurf gemacht wird, weil er jetzt nicht mehr das tun konnte, was er früher tat und was ihm dann als „Schädigung“ des Stadtkörpers angekreidet wurde.

Großfeuer in der Dresdener Straße.

Großfeuer wurde in der letzten Nacht aus der Dresdener Straße 34/35 (Luisenhof) gemeldet. Als die 2. Kompanie an der Brandstelle, die durch viele Brände der Feuerwehr schon bekannt war, ankam, stand diesmal auf dem 3. Hofe das mit Fabrikbetrieben besetzte Quergebäude in großer Ausdehnung in Flammen, die schon das dritte und vierde Stockwerk ergriffen hatten. In dem Gebäude befanden sich die Metallschleiferei von R. Rodt und ein galvanisches Institut, sowie die Maschinenfabrik von Ernst Böhl. Die Feuerwehr mußte mit mehreren Schlauchleitungen längere Zeit kräftig löschen, um die übrigen Betriebe zu schützen und eine weitere Ausbreitung auf die angrenzenden Seitenflügel zu verhindern, wobei mechanische Leitern den Angriff von außen erleichterten. Die Entstehungursache ist noch nicht ermittelt. Vermutlich ist der Brand bereits abends ausgebrochen und erst nachts um 1½ Uhr, als die Flammen bereits aus dem dritten Stock emporstiegen, bemerkt worden. Der Schaden ist erheblich.

Kannst Du „berappen“?

Das Strohmännersystem bei der Wohnungsbeschaffung.

Längst piffen es die Späßen von den Dächern, daß bei der Wohnungsbeschaffung manches nicht mit rechten Dingen zugeht. Wiederholt ist in der letzten Zeit durch Strafprozesse gegen Angestellte und Beamte der Wohnungsämter der Beweis erbracht worden, daß der ausgesprochene Verdacht, ein Wohnungssucher könne mit Geld vieles erreichen, leider eine nur zu tatsächliche Unterlage hatte. Ueber einen Fall, der alles bisherige überbietet, wird jetzt berichtet.

Ein Fall von ungeheuerlicher Korruption bei einem Wohnungsamt beschäftigte vor einigen Tagen die 1. Strafkammer des Landgerichts I, Wegen Bestechung bzw. Beihilfe waren angeklagt: der Wohnungsbeamte Hermann Zwid aus der Schlegelstraße, der Wohnungsbeamte Franz Buchholz, Liedstraße, der Prüfer bei der Erwerbslosenfürsorge Richard Stripp und der Inhaber der Wohnungstauschgesellschaft „Bewotana“ („Bewoco“) Max Rondebeck aus der Prenzlauer Allee. Die Verhandlung erbrachte u. a. die interessante Tatsache, daß die Inhaber der sogenannten Wohnungstauschzentralen usw. oft wegen Bestechung entlassene Angestellte der Wohnungsämter sind und daß noch tätige Wohnungsbeamte stille Teilhaber dieser Tauschzentralen sind.

Rondebeck, gegen den verschiedene Ermittlungsverfahren wegen Bestechung schwebten, die aber mangels Beweises eingestellt werden mußten, war Angestellter eines Wohnungsamtes und wegen dieser Verfahren entlassen worden. Er gründete sofort die „Bewotana“, welche später in „Bewoco“ (Berliner Wohnungs-Zentrale) umgetauft wurde. Als stille Teilhaber traten die bei den Wohnungsämtern 2 und 8 tätigen Angestellten Zwid und Buchholz in die Firma ein, während Stripp als Schleppeur tätig war. Durch diesen wurde ein Kunstmalier L. mit Zweck beauftragt, welcher hatte Stripp erklärt, daß nur der eine Wohnung erhalte, der ordentlich „berappen“ könne, arme Leute bekämen überhaupt keine Wohnung, die könnten in Baracken und Mietwohnungen verkommen. Zwischen sämtlichen Berliner Wohnungsämtern de-

stehe ein regulärer Verbindungsplan, an welchem fast alle Wohnungsbeamte beteiligt seien; daher kostet die Zuweisung einer Wohnung pro Zimmer 2000 M. Nachdem L. an Zwid eine Anzahlung von 1000 M. geleistet hatte, kam die Sache zur Kenntnis der Behörde. Staatsanwaltschaftsrat Berliner ließ sofort sämtliche Wohnungs- und Dringlichkeitslisten der fraglichen Wohnungsämter beschlagnahmen und stellte aus diesen die interessante Tatsache fest, daß mindestens 1/3 aller Eintragungen fingiert waren. Sobald einer dieser fingierten Namen heraufkam, wurde scheinbar einem der zahlungsfähigen Bewerber die betreffende Wohnung zugefächelt. Der Bericht beantragte Staatsanwaltschaftsrat Berliner mit Rücksicht auf die ganz ungeheuerlichen Schäden, die durch ein derartiges verbrecherisches Tun der Allgemeinheit zugefügt würden, gegen Zwid 10 Monate Gefängnis und 20 000 M. Geldstrafe gegen Buchholz 7 Monate Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, gegen Rondebeck 6 Monate Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe und gegen Stripp 1000 M. Geldstrafe. Das Urteil lautete gegen Zwid auf 6 Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, gegen Buchholz auf 5 Monate Gefängnis und 8 000 Mark Geldstrafe und gegen Stripp auf 1 Monat Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Rondebeck wurde freigesprochen, da nicht festgestellt werden konnte, daß die Bestechungen unter seiner Mitwirkung bzw. mit seinem Einverständnis stattgefunden hatten.

Das gute Einbrecherherz.

An die Gräfin Celenna und ihre Einbrecherbande erinnert eine Verhaftung, die gestern der hiesigen Kriminalpolizei gelang. Zu den Helfershelfern der Gräfin, deren Treiben vor zwei Jahren so großes Aufsehen erregte, gehörte u. a. auch ein 28 Jahre alter Schlichter Adolf Briezinski, der ebenso wie die anderen zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Diese verübte er seit Januar 1920 in Sonnenburg. Von hier war er mit anderen Gefangenen entflohen. Die Beamten entdeckten bald die Flucht und schossen hinter den Flüchtigen her. Einer wurde auch getroffen und tödlich verletzt. Von den Entkommenen wendeten sich die Berliner gleich wieder hierher, von der überall benachrichtigten Polizei und Gendarmarie ständig verfolgt. Einmal mußten sie, um ihrer Festnahme zu entgehen, die Oder durchschwimmen. In Berlin wurden drei Mann dann bald ergriffen, bis auf Briezinski, der erst jetzt in einem Lokal des Westens verhaftet werden konnte. Der Wiederverhaftete behauptet, daß er seit seiner Flucht keinen Einbruch mehr verübt habe. Zum Beweise dafür, daß er nur reiche Leute bestohle, behauptet er, daß er sich früher in einem Falle „einmal eiert“ habe. Er habe damals in einer Dreizimmerwohnung im Westen der Stadt Reichtümer verpackt, beim Aufbrechen der Behältnisse aber sofort gesehen, daß er sich geäußert habe. Jetzt habe er nicht nur kein Stück mitgenommen, sondern noch 200 M. auf den Tisch gelegt, um die Leute für die beschädigten Möbel schadlos zu halten.

Das Hochhaus am Bahnhof Friedrichstraße. In dem Ideenwettbewerb der Turnhaus-L.G. zur Erlangung von Entwürfen für das auf dem Gelände der ehemaligen Papiere geplante Turnhaus sind von den eingegangenen 144 Entwürfen die von S. Brahm und R. Kasteleiner mit dem ersten Preise und der Entwurf der Brüder Buchardt und Hoffmann mit dem zweiten Preise ausgezeichnet worden. Die Hauptfront des ersten Entwurfes ist noch dem Bahnhof Friedrichstraße zu gewandt, während der zweite Entwurf das Schwergewicht auf die Ecke Friedrichstraße und die Straße am Bahnhof verlegt.

Zur Vorbereitung der Frauen für das Amt der Schöffen und Geschworenen veranstaltet der Stadtvorstand der Groß-Berliner Frauenvereine einen Kursus, der am Dienstag, den 7. März, 14. März, 21. März und demnächst am 28. März, abds. 8 Uhr, in der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Berlin N 24, Wronschloßplatz 3, stattfindet. Vortragender: Herr Amtsgerichtsrat Sauermann. Da die Zulassung der Frauen zum Amte der Schöffen und Geschworenen unmittelbar bevorsteht, erscheint es dringend wünschenswert, daß sich die Frauen auf die neuen staatsbürgerlichen Pflichten, die sie zu erfüllen haben, vorbereiten. Die Teilnahme ist unentgeltlich. Die Einschreibgebühr beträgt 5 M. Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle des Stadtvorstandes der Groß-Berliner Frauenvereine, W 30, Quippoldstr. 27, zu richten.

Die Volksschulen in Schöneberg bleiben bestehen. Gegenüber den vielfach umlaufenden Gerüchten, daß der Volksschulverein Berlin-Schöneberg seinen Betrieb einstellen würde, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß das Bezirksamt Berlin-Schöneberg sich einmütig auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Betriebe dieses gemeinnützigen Vereins, der so legendär für die minderbemittelte Bevölkerung wirkt, auf jeden Fall aufrecht erhalten werden müssen. Das Bezirksamt wird in dieser Richtung alles tun, was in seinen Kräften liegt.

Neber „Zeruelle“ Zwischenfällen unter besonderer Berücksichtigung der „Sommerqualität“ spricht Sanitätsrat Dr. August Dufschel am Donnerstag, den 16. Februar, abends 7½ Uhr, in der Aula Kochstraße 12.

Polabendabend im Bezirk Treptow. Die Deputation für Kunst- und Bildungsfragen des Verwaltungsbezirks Treptow hatte in ihrem Winterprogramm u. a. auch drei Polabendabende vorzusehen. Als künstlerische Kräfte waren gewonnen worden der Kompositör Hans Brieger, der Violinist Bruno Lehnerl und der Kammermeister Eugen Sauerborn. Drei dieser Abende sind bereits in Treptow und Alt-Treptow abgehalten worden; der dritte soll am Sonntag, den 13. Februar, abends 7½ Uhr, in der Aula des Realgymnasiums zu Eberswalderstraße stattfinden. Der Verlauf des ersten beiden Abende war für die Teilnehmer eine Überraschung. Von Eugen Brieger durch mündliche Erläuterungen in das Wesen und die Entwicklung der Balade eingeführt, wurden sowohl die gelungene Darbietungen Briegers als auch die musikalischen Fortschritte Lehnerls und Sauerborns zu einem wahren Kunstgenuss. Besonders macht die Bevölkerung von Eberswalderstraße, Nieder-Schöneberg und Johannisthal von der Weisheit, an einer wirklich guten und künstlerischen Veranstaltung teilzunehmen zu können, am kommenden Sonntag abend aufgebigen Gebrauch.

Straßenbahnkatastrophe bei Magna.

Auf der vereisten Straße Ragula—Graaf (Dalmatien) entgleiste gestern ein Straßenbahnwagen. Er fauchte die rechte Straße hinab und zerstückte an einer Mauer. Der Wagenlenker und 4 Studenten blieben auf der Stelle tot, 16 Fahrgäste wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Kaufverbot für deutsche Bøger in England. Der englische Innenminister macht bekannt, daß deutsche Bøger nicht die Erlaubnis erhielten, in England aufzutreten.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Witterung mäßig, veränderlich. Überwiegend bewölkt mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften südwestlichen bis nördlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, den 14. Februar:

5. Kreis, Friedrichshagen. Die Parteipresse des Genossen Hartig: „Entwicklungsgeschichte des Sozialismus“ wird abends 7½ Uhr im Klassenraum des 52. Gemeinderates, Remler Str. 35, fortgesetzt.

102. Abteilung, Baumhollenweg. 7 Uhr Versammlung der 68. Parteifraktion des Konsumvereins. Einhalten der SPD-Mitglieder ist Pflicht.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Deutscherh-Deutscher Volkshaus für Berlin und Reichsbanner. Die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung findet Mittwoch, den 10. Februar, 6 Uhr abends, im großen Sitzungssaal des Herrenhauses statt. An die Mitgliederversammlung wird sich eine öffentliche Rundschau anschließen, in der von deutscher Seite die fortwährenden unerschütterlichen Verbotsmaßnahmen zwischen Deutschland und Deutschland zur Sprache gebracht werden.

